



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

2. Quartal 2024

Rückblick
Sommeression
2024

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 27. Mai – 14. Juni 2024 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Sommersession. Während drei Wochen berieten sie sich unter anderem über gesundheitspolitische Geschäfte und trafen wichtige Entscheidungen für die Schweiz.

Eines der zentralen Themen in dieser Session waren die Kosten im Gesundheitswesen. Zahlreiche Geschäfte konzentrierten sich auf mögliche Ansätze zur Kostendämpfung.

Die wichtigsten Entscheide und Entwicklungen in den Bereichen Kosten, Versorgung, Patientensicherheit und Digitalisierung im Gesundheitswesen lesen Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Der zweite Teil dieser Ausgabe enthält einen Überblick über weitere relevante gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen im zweiten Quartal.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Sommersession 2024.

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

22.062 Geschäft des Bundesrates

KVG. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2)

Status: in Kommission des Nationalrats.

Nach dem Nein zur Prämientlastungs- und zur Kostenbremse-Initiative befasste sich der Ständerat als Zweitrat mit einem weiteren Paket zur Dämpfung der Gesundheitskosten. Neben vielen kleineren Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ist es das insgesamt dritte grössere Reformpaket, seit eine Expertengruppe im Jahr 2017 Dutzende Massnahmen gegen die Kostenexplosion skizziert hatte.

Mehrere Vorschläge waren im Parlament in den vergangenen Jahren aber entweder gescheitert oder abgeschwächt worden. Dabei herrschte auch im Ständerat Konsens darüber, dass es angesichts der stark ansteigenden Prämien unumgänglich sei, das Schweizerische Gesundheitswesen mit gezielten Massnahmen weiter zu reformieren und so das Wachstum der Gesundheitskosten einzudämmen. Mit verstärkter Koordination, vertraulichen Preismodellen und günstigeren Medikamenten will der Ständerat die stetig steigenden Gesundheitskosten in den Griff kriegen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220062>

KOSTEN

23.048 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Datenaustausch, Risikoausgleich)

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat möchte die Solidarität in der Krankenversicherung verstärken. Er will Krankenversicherte, die im Ausland wohnen, in den Risikoausgleich einbeziehen. Ein zusätzlicher elektronischer Datenaustausch zwischen Kantonen und Versicherern soll Aufgaben wie die Kontrolle der Versicherungspflicht vereinfachen.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230048>

KOSTEN

05.3522 Motion

Eingereicht von Bea Heim, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial

Status: in Kommission des Nationalrats. Fristverlängerung bis zur Sommersession 2025.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Bestimmungen im KVG und den entsprechenden Verordnungen so zu verändern, dass Krankenversicherer und Hilfsmittellieferanten die Tarife für kassenpflichtige Mittel und Gegenstände (Migel) aushandeln und in Tarifverträgen abschliessen. Diese Migel-Verträge sollen den Bestimmungen zur Genehmigung und zur Festsetzung aufgrund von Artikel 46 Absatz 4 und Artikel 47 KVG unterliegen.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Hilfsmittellieferanten und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20053522>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

23.3504 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Stärkung der koordinierten Versorgung durch Mehrjahresverträge im KVG

Status: von beiden Räten angenommen. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) dahingehend anzupassen, dass freiwillige Mehrjahresverträge zwischen Krankenversicherern und Versicherten ermöglicht werden.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233504>

KOSTEN

23.4183 Motion

Eingereicht von Marcel Dobler, FDP.Die Liberalen

Medikamentenpreise. Vereinfachte Regeln für Medikamente in Spitälern, um Kosten zu senken

Status: angenommen vom Ständerat. In Kommission des Nationalrats.

Der Markt, und die Anforderungen für die Beschaffung von Medikamenten für Spitälern, ist ein anderer als für Privatkunden. Es macht Sinn, damit Kosten gesenkt werden können, die beiden Märkte unterschiedlich zu regulieren. Der Bundesrat wird beauftragt, die Regulierungen für den Kauf von Medikamenten für Spitälern zu vereinfachen, um die Kosten zu senken:

1. Aufgrund der Annahme des Vorstosses 22.4423 *Die Einführung von QR-Codes auf Arzneimitteln soll komplementär die Patientensicherheit erhöhen* soll die Packungsbeilage für Medikamente zum Einsatz in Spitälern neu optional und nicht mehr verbindlich sein.
2. Heute müssen Generikahersteller alle Darreichungsformen, Dosierungen oder abweichende Packungsgrößen anbieten, um eine Zulassung zu erhalten. Neu soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass Generikahersteller und Originalpräparathersteller eine Zulassung auch für ein einzelnes Produkt (nur eine Darreichungsform, Packungsgrösse und Dosierung) erhalten, sofern es an ein Spital verkauft wird. Der Markt zwischen Spital und Privatkunden soll bei der Zulassung unterschieden werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20234183>

KOSTEN

24.3081 Motion

Eingereicht von Damian Müller, FDP.Die Liberalen

Kollaps verhindern. Die Teuerung ist in allen Tarif- und Entschädigungssystemen des Gesundheitswesens angemessen zu berücksichtigen

Status: zugewiesen vom Ständerat an die behandelnde Kommission.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage mit folgendem Inhalt auszuarbeiten: Das KVG wird dahingehend angepasst, dass eine Indexierung der stationären Tarife an die Preisentwicklung vorgesehen ist. Dabei sind die Nachteile des heutigen im KVG verankerten Benchmarkings zu überwinden, indem die Tarife, welche gemäss heutiger Praxis für das Jahr t auf Daten aus dem Jahr t-2 festgelegt werden, für die zwei Jahre mit der Teuerung aufzurechnen sind. Als Basis der Berechnung der Teuerung muss der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) verwendet werden.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Spitälern und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243081>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

24.3397 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Den Verwurf aufgrund von ungeeigneten Packungsgrössen oder Dosisstärken bei den Medikamentenpreisen berücksichtigen

Status: angenommen vom Nationalrat. In Kommission des Ständerats.

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei der Beurteilung der Zweckmässigkeit und insbesondere der Wirtschaftlichkeit eines Medikaments vollständig berücksichtigt wird, ob es durch ungeeignete Packungsgrössen, Dosisstärken oder Darreichungsformen zu Medikamentenverwurf kommt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243397>

KOSTEN

22.420 Parlamentarische Initiative

Eingereicht von Marcel Dobler, FDP.Die Liberalen

Die Kosten der ärztlichen Beratungen im Zusammenhang mit einer Patientenverfügung sollen von der Krankenversicherung übernommen werden

Status: Vorprüfung. In Kommission des Ständerats.

Beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung beim 3. Kapitel: Leistungen soll ein neuer Artikel hinzugefügt werden. Es soll die ärztliche Beratung im Zusammenhang mit Patientenverfügungen zu denjenigen Leistungen gehören, welche durch die Krankenversicherung vergütet werden.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220420>

KOSTEN

23.451 Parlamentarische Initiative

Eingereicht von der Grünen Fraktion

Finanzierung der Krankenversicherung analog der Unfallversicherung

Status: keine Folge gegeben im Nationalrat.

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der BV und Art. 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Grüne Fraktion folgende parlamentarische Initiative ein: Es sei eine Vorlage bezüglich Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung auszuarbeiten und dem Parlament zu unterbreiten, welche einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien vorsieht.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230451>

KOSTEN

24.3014 Postulat

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Teuerungsausgleich bei Leistungserbringenden der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

Status: angenommen vom Nationalrat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie sich die Teuerung auf die Tarife in der Krankenversicherung auswirkt, und welche Instrumente zur Verfügung stehen, um die Teuerungsentwicklung zu berücksichtigen. Insbesondere sind dabei die nichtärztlichen Leistungserbringenden zu beleuchten.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243014>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

24.3224 Postulat

Eingereicht von Mauro Poggia, Mouvement Citoyens Genevois

Umsetzung des KVG. Für die Organisationsfreiheit der Kantone

Status: angenommen vom Ständerat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche Vor- und Nachteile es gäbe, wenn man den Kantonen bei der Umsetzung des KVG durch eine Kostenausgleichskasse einen Ermessensspielraum einräumte. Die Kontrolle der von Leistungserbringern ausgestellten Rechnungen würde bei den bestehenden Krankenversicherern bleiben. So könnte diese Kasse:

- a. die Prämien festlegen und erheben;
- b. die Kosten finanzieren, die zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anfallen;
- c. die Erfüllung der administrativen Aufgaben, die den zur Durchführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zugelassenen Versicherern übertragen werden, einkaufen und kontrollieren.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243224>

KOSTEN

24.3466 Postulat

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR

Kostenkontrolle bei der Einführung der neuen ambulanten Tarifstrukturen

Status: angenommen vom Ständerat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen,

1. welche Massnahmen zu treffen sind, damit die ihm im Dezember 2023 zur Genehmigung eingereichte Patientenpauschaltarifstruktur für ambulante ärztliche Leistungen so schnell wie möglich und für möglichst viele Behandlungen eingeführt werden kann;
2. ob TARDOC nur befristet genehmigt werden soll, dies mit der Auflage, dass eine weiterentwickelte Version von TARDOC ungerechtfertigte Kombinationsmöglichkeiten der Tarifpositionen verunmöglicht respektive einschränkt;
3. welche weiteren Massnahmen möglich sind, um die genannten Abrechnungsmöglichkeiten in einem Einzelleistungstarif einzuschränken.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Leistungserbringer:innen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243466>

VERSORGUNG

23.3503 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Zugang zu Orphan Drugs

Status: abgelehnt vom Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, bei Orphan Drugs die institutionalisierte Koordination zwischen Swissmedic und dem Bundesamt für Gesundheit effizienter abzustimmen, sodass die Begutachtung der Wirksamkeit übereinstimmt, und dafür zu sorgen, dass gleichzeitig mit einer neuen Zulassung von Swissmedic auch eine Vergütungslösung über die Spezialitätenliste vorliegt. Dabei soll der «Orphan Drug»-Status gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a des Heilmittelgesetzes automatisch für einen «Early Dialogue» qualifizieren.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233503>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

VERSORGUNG

24.3398 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Versorgungssicherheit der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Status: angenommen vom Nationalrat. In Kommission des Ständerats.

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie schweizweit sicherzustellen. Insbesondere sollen die Tarifpartner vom Bundesrat beauftragt und legitimiert werden, für die relevanten aktuell geltenden Tarife und die zukünftig geltenden Tarife differenzierte, kostendeckende Tarife/Preise für die Patientinnen und Patienten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszuhandeln und den zuständigen Behörden zur Genehmigung zu unterbreiten.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243398>

VERSORGUNG

19.508 Parlamentarische Initiative

Eingereicht von Brigitte Crottaz, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Änderung der gesetzlichen Grundlagen, sodass Swissmedic Dosierungen und Packungen von Arzneimitteln auch dann auf die Spezialitätenliste setzen kann, wenn das Gesuch nicht vom Hersteller stammt

Status: abgeschrieben vom Nationalrat.

Die gesetzlichen Grundlagen werden so geändert, dass die Swissmedic ohne ausdrückliches Gesuch der Pharmaindustrie spezielle, günstigere Dosierungen von bereits in anderen Dosierungen zugelassenen Arzneimitteln in die Spezialitätenliste aufnehmen darf. Der Entscheid, ein Medikament aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in die Spezialitätenliste aufzunehmen, kann von der Swissmedic getroffen oder von Patientenverbänden, Facharztgruppen oder Versicherern verlangt werden.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190508>

PATIENTENSICHERHEIT

23.4343 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Überprüfung und Vereinheitlichung der Begriffe «Wohnort» und «Wohnsitz» im KVG damit die Zuständigkeiten klar geregelt sind

Status: von beiden Räten angenommen. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verwendung der Begriffe «Wohnort» und «Wohnsitz» im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) zu prüfen und die notwendigen Anpassungen vorzulegen, damit die Begriffe im Gesetz einheitlich und die Zuständigkeiten klar geregelt sind.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20234343>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

PATIENTENSICHERHEIT

24.3145 Postulat

Eingereicht von Franziska Roth, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Schwerwiegende Folgen der fehlenden Behandlung postnataler Depression verhindern

Status: angenommen vom Ständerat. Überwiesen an den Bundesrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen und den Expertinnen und Experten, einen Bericht zu verfassen, in dem u. a. folgende Punkte dargelegt werden:

- Welches sind die Risikofaktoren für psychische Probleme während und nach der Schwangerschaft?
- Welche niederschwelligen ambulanten medizinischen/psychotherapeutischen/sozialen Angebote gibt es in der Schweiz? Wie werden diese finanziert?
- Wie hoch ist die Prävalenz im Vergleich zu den bestehenden ambulanten Angeboten? Mit welchen Massnahmen kann die Versorgungslücke geschlossen werden?
- Gibt es gut funktionierende niederschwellige Versorgungsbeispiele aus dem Ausland, die in der Schweiz übernommen werden können?

Zudem soll der Bundesrat aufzeigen, welche gesetzlichen Lücken auf Bundesebene geschlossen und welche Leistungen Bund, Kantone und allenfalls Gemeinden übernehmen müssen, damit die Sensibilisierung, ein Screening und die ambulante Behandlung der psychischen Probleme von werdenden und jungen Müttern schweizweit gewährleistet werden können.

Relevant u. a. für Kantone, Gesundheitsfachpersonen und betroffene Personen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243145>

DIGITALISIERUNG

23.076 Geschäft des Bundesrates

Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté). Verpflichtungskredit

Status: zugestimmt vom Ständerat.

Die Digitalisierung im Schweizerischen Gesundheitswesen soll beschleunigt werden. Damit werden die Effizienz des Gesundheitssystems, die Behandlungsqualität und die Patientensicherheit erhöht. Der Bundesrat hat dazu an seiner Sitzung vom 22.11.2023 das Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) verabschiedet und die Botschaft über einen entsprechenden Verpflichtungskredit an das Parlament überwiesen. Der Nationalrat nahm den Verpflichtungskredit für das Programm zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitswesen (DigiSanté) in der Gesamtabstimmung der Frühlingssession an. Der Ständerat hat einen Verpflichtungskredit von knapp 400 Millionen Franken genehmigt. Insgesamt veranschlagt der Bundesrat die Kosten sogar auf 624 Millionen Franken.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230076>

Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 2. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen von Swissmedic und vom Bundesamt für Statistik (BFS).

Tarifverhandlung bei Analysenliste: Bundesrat verabschiedet Botschaft

KOSTEN

Bundesrat

Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, die Tariffestsetzung bei Laboranalysen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) anzupassen. Künftig sollen die Tarife für Laboranalysen nicht mehr vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) festgesetzt, sondern zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt werden. Um den Auftrag des Parlaments zu erfüllen, hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 1. Mai 2024 die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) verabschiedet.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Labore und Ärzteschaft

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-100880.html>

Prämiengenehmigung: Kantone erhalten verstärkte Kompetenzen

KOSTEN

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 7. Juni 2024 hat der Bundesrat die Botschaft zu einer Änderung des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes (KVAG) verabschiedet. Diese räumt den Kantonen mehr Kompetenzen im Verfahren zur Genehmigung der Krankenversicherungsprämien ein.

Vor der Genehmigung der Prämien durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) können die Kantone gegenüber den Versicherern und dem BAG zu der für ihr Gebiet erstellten Kostenschätzung Stellung nehmen. Denn sie sind am besten in der Lage, die Kostenschätzungen zu überprüfen.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-101304.html>

Bundesrat erhält Bericht zur Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung

KOSTEN

Bundesrat

Vor mehr als zehn Jahren wurde die neue Pflegefinanzierung in Kraft gesetzt. Sie legt fest, wie Pflegeleistungen im Pflegeheim und zu Hause durch die Krankenversicherung, die Pflegebedürftigen und die Kantone finanziert werden. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Mai 2024 einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Neuordnung zur Kenntnis genommen. Bei der Restfinanzierung durch die Kantone besteht weiterhin Verbesserungspotenzial.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Pflegeheime, Pflegepersonal und bedürftige Personen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-100881.html>

VERSORGUNG

Bundesrat will die Arbeitsbedingungen verbessern und die Ausbildung in der Pflege fördern

Bundesrat

Der Bundesrat will die Pflege als wichtigen Pfeiler der medizinischen Versorgung stärken und die Qualität der Pflege gewährleisten. Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und die Zahl der frühzeitigen Berufsaustritte zu reduzieren, hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 8. Mai 2024 den Entwurf eines neuen Bundesgesetzes über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) in die Vernehmlassung geschickt. Gemeinsam mit den Kantonen startet der Bund zudem am 1. Juli eine breite Ausbildungsinitiative, um die Zahl der Pflegefachleute zu erhöhen. Er setzt damit einen zentralen Teil der Ende 2021 angenommenen Pflegeinitiative um.

Relevant u. a. für Spitäler, Pflegeheime, Pflegepersonal und bedürftige Personen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-100960.html>

VERSORGUNG

Gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen sollen besser berücksichtigt werden

Bundesrat

Frauen haben andere gesundheitliche Bedürfnisse als Männer. Diesem Umstand wird heute bei der Behandlung und in der Forschung zu wenig Rechnung getragen. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 15. Mai 2024 einen Postulatsbericht verabschiedet, in dem Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Er beauftragt zudem mehrere Bundesstellen damit, in der Forschung, Prävention und Ausbildung Massnahmen umzusetzen.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Forscher:innen und Patientinnen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-101019.html>

VERSORGUNG

Nachkontrolle zur Inspektion «Spezialitätenliste der OKP: Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten»; Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates vom 14. November 2023

Bundesrat

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) befasste sich im Rahmen einer Nachkontrolle von 2019 bis 2023 mit der Praxis des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) in Bezug auf die Aufnahme von Arzneimitteln in die Spezialitätenliste (SL) der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) und auf die periodische Überprüfung der in der SL aufgeführten Arzneimittel. Sie prüfte, inwieweit der Bundesrat und die Bundesverwaltung die Empfehlungen und Postulate aus dem Bericht der GPK-S vom 25. März 2014 «Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste» umgesetzt haben. Zudem hat sie sich mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen in diesem Bereich befasst. Die GPK-S ist der Auffassung, dass die Wirksamkeit der Verfahren angesichts der aktuellen Herausforderungen im Arzneimittelbereich (Anstieg der Kosten zulasten der OKP, neue kostspielige Therapien und Versorgungssicherheit) zwingend verbessert werden muss. Die GPK-S hat beschlossen, dem Bundesrat zehn neue Empfehlungen zu unterbreiten und zwei Postulate einzureichen, die auf eine wirksamere Umsetzung der rechtlichen Vorgaben im Arzneimittelbereich abzielen.

Relevant u. a. für BAG und Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/87019.pdf>

VERSORGUNG

Swissmedic veröffentlicht Geschäftsbericht 2023

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2024 die Berichterstattung 2023 von Swissmedic genehmigt und den Geschäftsbericht gutgeheissen. Er enthält nebst Leistungsübersicht und Jahresrechnung Informationen über die vielfältigen Aufgaben der Schweizerischen Heilmittelbehörde. Sie hat das erste Jahr der neuen Strategieperiode 2023 – 2026 erfolgreich gestaltet.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/smc-geschaeftsbericht-2023.html>

Swissmedic

VERSORGUNG

Vereinfachung der Anforderungen an die erneute Zulassung von Arzneimitteln

Die Erstzulassung eines Arzneimittels wird in der Regel für fünf Jahre erteilt (Art. 16 Abs. 2 HMG, SR 812.21). Fünf Jahre nach Erstzulassung muss die Zulassungsinhaberin einmalig ein Gesuch um Erneuerung der Zulassung stellen. Versäumt die Zulassungsinhaberin die Frist zur Einreichung des Gesuchs um Erneuerung der Zulassung, besteht die Möglichkeit, ein Gesuch um erneute Zulassung einzureichen, um die Zulassung doch zu erhalten.

Swissmedic hat die Anforderung an das Gesuch um erneute Zulassung vereinfacht. Neu ist nur noch ein Begleitbrief einzureichen mit der Bestätigung, dass die Dokumentation inkl. allen Ergänzungen, welche inzwischen genehmigt wurden, mit derjenigen des zugelassenen Arzneimittels, für welches die erneute Zulassung beantragt wird, identisch ist und den heilmittelrechtlichen Anforderungen genügt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/humanarzneimittel/authorisations/informationen/vereinfachung-anforderungen-erneute-zl.html>

Swissmedic

PATIENTENSICHERHEIT

Bundesrat genehmigt Qualitätsvertrag zwischen H+, santésuisse und curafutura

An seiner Sitzung vom 22. Mai 2024 hat der Bundesrat den Qualitätsvertrag zwischen dem Spitalverband H+ Die Spitäler der Schweiz und den Verbänden santésuisse und curafutura genehmigt. Es ist der erste Qualitätsvertrag gemäss revidiertem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG). Alle Verbände der Leistungserbringer und der Versicherer sind verpflichtet, Qualitätsverträge untereinander abzuschliessen. Darin werden einheitliche und verbindliche Regeln zur Qualitätsentwicklung festgelegt.

Relevant u. a. für Spitäler, Krankenversicherungen und Leistungserbringer

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-101094.html>

Bundesrat

PATIENTENSICHERHEIT

Bundesrat verabschiedet Ziele zur Qualitätsentwicklung in der Krankenversicherung

Bundesrat

Der Bundesrat will die Qualitätsentwicklung in der Krankenversicherung weiter vorantreiben und hat dazu an seiner Sitzung vom 27. März 2024 die Vierjahresziele 2025 bis 2028 zur Qualitätsentwicklung festgelegt. Ziel ist es, die Qualität der medizinischen Leistungen zu stärken und die Patientensicherheit zu fördern. In diesem Zusammenhang wird für die Jahre 2025 bis 2028 ein neuer Verpflichtungskredit im Umfang von 47 Millionen Franken beim Parlament beantragt.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzteschaft, Pflegepersonal und Patient:innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-100536.html>

FORSCHUNG

Humanforschung: Revision für einen verstärkten Schutz der Teilnehmenden

Bundesrat

An seiner Sitzung vom 7. Juni 2024 hat der Bundesrat die Revision des Ausführungsrechts zum Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG) verabschiedet. Diese Revision stärkt den Schutz der Personen, die an Forschungsprojekten teilnehmen. Zugleich werden die Rahmenbedingungen für die Forschung verbessert, insbesondere durch die Digitalisierung.

Relevant u. a. für Pharmafirmen, Patient:innen, Forscher:innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-101306.html>

STATISTIK

Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens 2022: Die Gesundheitskosten stiegen 2022 auf 91.5 Milliarden Franken

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Im Jahr 2022 nahmen die Gesundheitskosten gegenüber dem Vorjahr um 2.5 % zu. Dieser Anstieg fällt weniger stark aus als in den letzten fünf Jahren (+3.2 %). Dies sind einige der neusten Ergebnisse der Statistik «Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens» des Bundesamtes für Statistik (BFS).

2022 stiegen die Kosten des Gesundheitswesens im Vergleich zum Vorjahr um 2.2 Milliarden auf 91.5 Milliarden Franken an. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandprodukt (BIP) zu laufenden Preisen verringerte sich gegenüber 2021 leicht von 12.0 % auf 11.7 % im Jahr 2022.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.31225971.html>

Ausblick

Herbstsession

Vom 9. bis 27. September 2024 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Herbstsession.

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/sessionen/sessionsdaten>